



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

apd/IV/49

Hannover, den 27. April 1949

Schumacher zur Entwicklung in Bonn

Der 1. Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, äusserte sich in einem Interview zur Lage in Bonn folgendermassen:

1. Frage:

Herr Dr. Schumacher, worauf ist nach Ihrer Meinung der schnelle Abschluss der Verhandlungen in Bonn in erster Linie zurückzuführen?

Antwort:

Auf das Entgegenkommen der Alliierten gegenüber einer eindringlichen deutschen Stimme. Die Alliierten stehen mehr noch als die Deutschen in Zeitnot bei den kommenden grossen Auseinandersetzungen über das Schicksal Deutschlands, die sich vor allen Dingen auf der am Horizont abzeichnenden Konferenz der Aussenminister abspielen werden.

2. Frage:

Ist das zweite Schreiben der Alliierten, das am Freitag veröffentlicht wurde, der SPD bekannt gewesen?

Antwort:

Die Sozialdemokratische Partei hatte von diesem zweiten Schreiben weder indirekt noch direkt, weder in Andeutungen noch in Erklärungen auch nur eine Ahnung. Die entschlossene sozialdemokratische Haltung in den Beschlüssen des 20. April in Hannover geht nicht auf Informationen zurück, sondern auf eine politische Konzeption. Es ist selbstverständlich, dass die westlichen Demokratien sich nicht mit dem östlichen Totalitarismus auseinandersetzen können, ohne dass eine starke deutsche Sozialdemokratie die Ideen der Demokratie in Deutschland und Europa verteidigt und auch bereit ist, für sie offensiv einzutreten. Die Stärke dieser Position war gegeben und die Publikation der zweiten alliierten Note wäre ohne diese eindeutige Haltung der Sozialdemokratie nicht erfolgt. Dass die Sozialdemokratie diese Haltung eingenommen hat und bereit war, sie auf jede Konsequenz durchzusetzen, hat die Situation in Deutschland bereinigt und die Position der europäischen Demokratie gegenüber nationalkommunistischen oder irgendwie sonst verkleideten

27. April 1949

Diktaturlösungen des Ostens ausserordentlich vorstärkt.

3. Frage:

Wie wird voraussichtlich nach Ihrer Meinung die Entwicklung in Bonn laufen?

Antwort:

Die Einigung ist noch keineswegs in allen Punkten erfolgt. Die Aussichten dafür sind gut. Das deutsche Volk muss sich aber sagen, dass auch dann die Verfassung Westdeutschlands im sozialdemokratischen, im deutschen und im internationalen Sinne noch lange keine gute Verfassung ist. Aber sie ist eine erträgliche Verfassung, die entwicklungsfähig im Sinne der deutschen und europäischen Notwendigkeiten ist. Heute kann man sagen, dass das, was gestern an Einigungsmassnahmen in Frankfurt getroffen worden ist, besser und weitgehender ist, als die Kompromisse des Siebener-, ja selbst des Fünfer-Ausschusses. Wir wollen nur hoffen, dass diese einheitliche deutsche Haltung jetzt auch durchgeführt wird und damit ein hoffnungsvoller Start für die europäische Zusammenarbeit und für ein gesundes und selbstbewusstes deutsches Volk in diesem Rahmen gegeben ist.

Eine vorzügliche Mischung

"Die Folge der Entscheidung der SPD wird sein, dass das Zustandekommen des Grundgesetzes in Bonn, wenn nicht unmöglich gemacht, so doch fast bis zum Äussersten gefährdet wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Militärregierungen die Initiative wieder an sich nehmen werden und Westdeutschland nun erst recht unter ein Besatzungsregime kommt. Dr. Schumacher mag sagen, er habe das nicht gewollt, aber in der Politik ist bekanntlich nicht der Wille, sondern der Erfolg entscheidend. Das deutsche Volk wird die intransigente Haltung der SPD und ihrer Führer misszubedenken haben." So zu lesen im parteientlichen Presseblatt der CDU/CSU vom 21. April 1949. Wir enthalten uns mit keinem Scheunzeln jeden Kommentars. Glück muss man haben.

Nur eines noch: Vorher hiess es im gleichen Beitrag: "Der grosssprecherische Herr Schumacher erinnert peinlich an den Mann, an dessen Geburtstag die SPD ihre chauvinistische Entscheidung traf." Offenbar wird eine solche Formulierung für ganz in der Ordnung, sozusagen in der christlich-demokratischen Ordnung, gehalten. Die Tatsache schliesslich, dass in der SPD-Entscheidung die "weitgehende Identität der Auffassungen der Führungsschicht der CDU/CSU und der Besatzungsmächte über den Aufbau eines deutschen Staatswesens" festgestellt wird - im Sinne einer möglichst weitgehenden föderalistischen Gestaltung - von niemand bestrittene Tatsache - nennt die gleiche Verlautbarung "demagogisch gemein".

Man sieht: an dieser, für die christlich-demokratische Meinungsbildung sicher recht einflussreichen Stelle verfügt man nicht nur über eine sozusagen nichtwandlerische Sicherheit in der Beurteilung politischer Tatbestände, man hat auch viel Geschmack. Eine vorzügliche Mischung, zu der man nur gratulieren kann.

Das Ringen um den italienischen Arbeiter

E.A.M., Rom, April

Im Mittelpunkt des politischen Kampfes in Italien steht seit einiger Zeit der Arbeiter. Je eindringlicher das Werben um ihn wird, umso mehr greifen Indifferenz, Müdigkeit und Misstrauen in der Arbeiterschaft um sich. Die Gewerkschaftsverbände führen den Feldzug um die Millionenmasse der nicht Organisierten, während innere Widerstandskraft und Angriffsgestalt der Gewerkschaftsidee nach einstimmigem Urteil im Land in gleichem Mass abnehmen wie sie bei ihrem Gegner wachsen. Es sind letzten Endes eben nicht die Gewerkschaften, die um den Arbeiter ringen, sondern politische Parteien. Die grosse Krankheit des italienischen Syndikalismus ist die Politik; sie überlagert die eigentlichen Interessen der Werktätigen. ERP und Atlantikpakt oder Handelsbeziehungen mit dem Osten und absolute Neutralität erweisen sich immer wieder als wichtiger als Lohnforderungen und Kollektivverträge, wobei solche innerpolitischen Auseinandersetzungen mit der Schärfe ausserpolitischer Vorbilder zu konkurrieren versuchen.

Man unterscheidet "rote" Gewerkschaften mit stark kommunistischer Orientierung unter Führung von de Vittorio und "weisse" unter Führung Pastores. Der rote Gewerkschaftsverband (CGIL) besass laut "Unità" Ende März etwas über vier Millionen Mitglieder; Rekrutterungserfolge sollen besonders im Süden zu verzeichnen sein, wo die "Fiederterra" zur Industrialisierung ganzer Landarbeiterfamilien übergegangen ist. Der Freie Gewerkschaftsverband (LIGIL) hat nach Angabe seines Wochenblattes "Conquista del lavoro" (Rom) 1,1 Millionen eingeschriebene Mitglieder. Die Spaltung vom Oktober 1948 hätte den Zweck einer chirurgischen Operation zur Heilung des Gesamtorganismus haben sollen. Aber die "weissen" Gewerkschaftsführer folgten dem "roten" Beispiel. Die Männer Pastores holen sich Rückschlüsse auf der Piazza del Gesù, im Parteihauptquartier de Gasparis, und die Männer de Vittorio am Sitz Togliattis in der Via Botteghe Oscure. Dort herrscht blinder Glaube an die Regierung, hier erbitterte Feindschaft. Die Führer der einen Gruppe fahren nach USA (Pastore kam gerade zurück) und die Leiter der anderen nach Moskau (de Vittorio fuhr gerade aus Rom ab).

Zwischen diesen beiden politischen Hauptverbänden, die die eigentlichen Interessen der Arbeiter erst in zweiter Linie vertreten, gibt es eine ganze Reihe von Schattierungen vom linken Flügel der Christlichen Demokraten Gronchi bis zu Neofaschisten. Die Spaltung im vergangenen Oktober benutzten einige Verbände zur Selbständigkeit, so die Büroangestellten, Versicherungsangestellten, Bankangestellten, Volks- und höhere Schullehrer, usw. Ausser den Lehrern sind diese Föderationen zum Ausgangspunkt eines dritten italienischen Gewerkschaftsbundes geworden, der unter der Bezeichnung "Costituente Sindacale" im April 1949 in Rom eine erste Tagung zum Zweck gegenseitigen Informationsaustausches abhielt. Gronchi und Rapelli, beide Führer des linken Flügels der Christlichen

27. April 1949

Demokraten und gegenwärtig noch Mitglieder des roten CGIL, wie Simonini, d'Aragnone und Bonfantini von den unabhängigen Sozialisten und Enrico Parri als Republikaner gelten als Initiatoren. Ihr Ziel ist die Gründung einer parteipolitisch wirklich unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Die Versammlung kam aber über grundsätzliche Dinge nicht hinaus. In Rom herrscht allgemein die Auffassung, dass eine wirkliche Gründung (wenn überhaupt) nicht vor Oktober erfolgen wird. Gronchis Blatt "Politica Sociale" rät bereits zur Vorsicht gegen voreilige Republikaner, Neofaschisten und andere. Pastore, auf dessen Mitwirkung zur Bildung einer unabhängigen Bewegung gerechnet wurde, hat sich nach seiner Rückkehr aus USA recht reserviert verhalten; es scheint, dass er der kirchlichen Arbeiterbewegung (oder besser dem Vatikan) AGLI zu fest verhaftet ist, denn die 630.000 katholischen Arbeiter, 91- Provinzialbüros und 6.000 "segretariati del popolo" sind das Rückgrat des Freien Gewerkschaftsverbandes CGIL.

Die drohende Gefahr einer weiteren Abspaltung hat immerhin den einen Erfolg bisher zu buchen, dass der rote Gewerkschaftsverband zum (inoffiziellen) Rückzug geblasen hat. Die Produktions-sabotage durch "non-collaborazione" und all die anderen Streikarten sollen de facto aufgegeben werden. Der Streik der Bankangestellten kam schon nicht mehr zustande. Zwischen Industrieverband und CGIL sind die Verhandlungen zumindest wieder aufgenommen. Bei der ganzen Auseinandersetzung um im Grunde politische Prinzipien und bei dem Ringen um den italienischen Arbeiter kann man sich des Gefühls nicht erwehren, dass die eigentlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung eine recht kümmerliche Rolle spielen.

(b/254/L/2/he)

Ulbricht und die Sudetendeutschen

(sp) Die vor kurzem von amerikanischen Behörden der deutschen Presse zugeleitete Meldung, wonach täglich durchschnittlich 80 Sudetendeutsche aus Sammelslagern bei Eger in Lastwagen zur bayerischen Grenze gebracht würden mit dem Ziel, auf diese Weise die noch in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen rund 170.000 Sudetendeutschen auszusiedeln, wird von der tschechischen Presse lebhaft dementiert. Es sei überflüssig, so meint zum Beispiel das "Svobodné Slovo", mit solchen Nachrichten zu polemisieren, denn sie seien völlig unsinnig. Träfe dies zu, so würde der Abtransport der Deutschen ungefähr 2.000 Tage dauern, also "nur" sechs Jahre. Doch weder das genannte Blatt, noch die übrige tschechische Presse ergänzen solche nur halbe Dementis mit einer eindeutigen Erklärung darüber, was mit den als Sklavenarbeitern zurückgehaltenen Sudetendeutschen geschehen soll. Und darum geht die Frage:

Im übrigen besagen neueste Meldungen von der Grenze, dass die Ausweisungen weitgehen.

Auf alle Fälle hat sich das amtliche Prager Pressebüro noch eine Beglaubigung von Walter Ulbricht als Sprecher des "Deutschen Volksrates" geholt. Ulbricht stützt naturgemäß die tschechische Version.

Darüber hinaus beschwichtigt er, ähnlich wie es die Moskauer Agentur TASS tat, angeblich beunruhigte tschechische Bevölkerung darüber, dass an eine Rück siedlung der Sudetendeutschen gedacht werde. Die Sudetendeutschen hatten in der Ostzone alle Möglichkeiten, sich eine wirkliche Heimat zu gründen. Die Gerüchte über eine Rückkehr sollen die Sudetendeutschen nur davon abhalten, an der Erneuerung des demokratischen Deutschland teilzunehmen. Diese Störversuche der westlichen Agenturen könnten aber den festen Willen des deutschen Volkes in der sowjetischen Besatzungszone nicht erschüttern, "eine aufrichtige Freundschaft mit der Tschechoslowakei anzuknüpfen." B.E.

Professor Nonck und die Kommunisten

(sp) Das politische Sektiererwesen - eine Leidenschaft apolitischer Menschen, in Deutschland besonders ausgeprägt - ist um eine Neuerscheinung bereichert worden, nämlich um den "Aktionsausschuss der Jugend", gegründet in einer kürzlich stattgefundenen Tagung in Braunschweig. Die Initiatoren dieser Veranstaltung, Schlomm-Hamburg, Gehling-Braunschweig, Döring-Braunschweig und Matthy-Braunschweig, gehören der Deutschen Partei an oder stehen ihr nahe, aber selbst diese Partei hat sich von ihnen distanziert. Zweck der Tagung war zu untersuchen, wie die deutsche Einheit wieder herzustellen wäre. Vor kurzem hat der ostzonale "Deutsche Volksrat" diesen Köder über die Zonengrenze geworfen, aber an der Angelschnur, an der die SED - und hinter ihr die SMA - zog, blieb damals niemand hängen.

Es ist unerklärlich, warum die Jugend der Deutschen Partei nun diesen Köder aufgreift. Man kann es zur Not noch mit Idealismus erklären; zu rechtfertigen ist es unter den obwaltenden Umständen nicht, denn der dabei zutage gekommenen politischen Ahnungslosigkeit wurde übel mitgespielt. Was an Vertretern von westdeutschen Jugendorganisationen zu der Tagung gekommen war, erwies sich entweder als nicht legitimiert oder war ohne Namen. Es war somit hinsichtlich der Legitimation als auch hinsichtlich der Bedeutung ein politischer Kindergarten.

Aber den Kommunisten ist jedes Mittel recht. Radio Berlin gab das Stichwort und die KP-Presse des Westens sekundierte. Daher

Im übrigen besagen neueste Meldungen von der Grenze, dass die Ausweisungen weitergehen.

Auf alle Fälle hat sich das amtliche Prager Pressebüro noch eine Beglaubigung von Walter Ulbricht als Sprecher des "Deutschen Volksrates" geholt. Ulbricht stützt naturgemäss die tschechische Version.

Darüber hinaus beschwichtigt er, ähnlich wie es die Moskauer Agentur TASS tat, angeblich beunruhigte tschechische Bevölkerung darüber, dass an eine Rück siedlung der Sudetendeutschen gedacht werde. Die Sudetendeutschen hätten in der Ostzone alle Möglichkeiten, sich eine wirkliche Heimat zu gründen. Die Gerüchte über eine Rückkehr sollen die Sudetendeutschen nur davon abhalten, an der Erneuerung des demokratischen Deutschland teilzunehmen. Diese Störversuche der westlichen Agenturen könnten aber den festen Willen des deutschen Volkes in der sowjetischen Besatzungszone nicht erschüttern, "eine aufrichtige Freundschaft mit der Tschechoslowakei anzuknüpfen." H.K.

Professor Noack und die Kommunisten

(sp) Das politische Sektiererwesen - eine Leidenschaft apolitischer Menschen, in Deutschland besonders ausgeprägt - ist um eine Neuerscheinung bereichert worden, nämlich um den "Aktionsausschuss der Jugend", gegründet in einer kürzlich stattgefundenen Tagung in Braunschweig. Die Initiatoren dieser Veranstaltung, Schlomm-Hamburg, Gehling-Braunschweig, Döring-Braunschweig und Matthy-Braunschweig, gehören der Deutschen Partei an oder stehen ihr nahe, aber selbst diese Partei hat sich von ihnen distanziert. Zweck der Tagung war zu untersuchen, wie die deutsche Einheit wieder herzustellen wäre. Vor kurzem hat der ostzonale "Deutsche Volksrat" diesen Köder über die Zonengrenze geworfen, aber an der Angelschnur, an der die SED - und hinter ihr die SMA - zog, blieb damals niemand hängen.

Es ist unerklärlich, warum die Jugend der Deutschen Partei nun diesen Köder aufgreift. Man kann es zur Not noch mit Idealismus erklären; zu rechtfertigen ist es unter den obwaltenden Umständen nicht, denn der dabei zutage gekommenen politischen Ahnungslosigkeit wurde übel mitgespielt. Was an Vertretern von westdeutschen Jugendorganisationen zu der Tagung gekommen war, erwies sich entweder als nicht legitimiert oder war ohne Namen. Es war somit hinsichtlich der Legitimation als auch hinsichtlich der Bedeutung ein politischer Kindergarten.

Aber den Kommunisten ist jedes Mittel recht. Radio Berlin gab das Stichwort und die KP-Presse des Westens sekundierte. Daher

27. April 1949

konnte es nicht überraschen, dass die Hälfte der Delegierten Kommunisten waren. Und ein dritter Faktor nutzte die Gunst der Situation: Professor Noack, der Sprecher des sog. "Nauheimer Kreises", der bekanntlich die Neutralisierung Deutschlands befürwortet. Er vermutete hier eine Chance, seinem Club ein grösseres Forum zu geben. Beide Gruppen, die Kommunisten und Prof. Noack, kamen sich auf halbem Wege entgegen. Diesem Ansturm waren die politisch unerfahrenen Einberufer der Veranstaltung nicht gewachsen. So kam zum Beispiel mit Stimmenmehrheit eine Arbeitsgrundlage zusammen, in der es u.a. heisst: "Die Gefahr der Zerreissung unseres Vaterlandes ist durch die beabsichtigte Schaffung eines separaten Weststaates, der einen besonderen Oststaat nach sich ziehen würde, besonders drohend."

Das klingt wie aus einer Osterbotschaft Plöcks. Prof. Noack kam später doch Bedenken und er fand neutralere Formulierungen. An der Tendenz aber ändert das nichts. Noack und seine erschienenen Anhänger gaben dabei teils verbrämt, teils offen, ihre Anerkennung für die politische Entwicklung in der Ostzone zum Ausdruck. Das ist das einzige Positivum an der Braunschweiger Tagung; positiv insofern, als Noack einen Blick in den tieferen Sinn seiner Neutralitätspläne gewährte. Mehr über die Braunschweiger Tagung zu sagen, hiesse, ihr eine Bedeutung zuzumessen, die ihr nicht zukommt. Das eigentliche Motiv der Tagung, die deutsche Einheit, ist zu ernst, als dass man es der Naivität und der Skrupellosigkeit überlassen könnte. Womit nichts gegen die Jugend gesagt sein soll, aber alles gegen die Anmassung, ein Problem meistern zu wollen, das einer bestimmten Reife bedarf. (b/274/2/He7)

Der Iran unter sowjetischem Druck

Bei der Beweisführung für eine Schwerpunktverlagerung der sowjetischen Aussenpolitik nach Asien spielt neben China der Iran eine grosse Rolle. Und doch kann man an seinem Beispiel gerade die Stetigkeit der sowjetischen Politik erkennen, die nicht abhängig ist von einem Pendeln zwischen Europa und Asien, sondern alle Möglichkeiten gleichzeitig im Auge hat und stets bereit ist, jede Chance rücksichtslos auszunutzen.

Das Hauptinteresse der Sowjets gilt im Iran dem Öl in den Nordgebieten. Die Ölgewinnung schien hier durch das Abkommen vom April 1946, das den Sowjets 51% der Anteile an der zu gründenden sowjetisch-iranischen Ölgesellschaft zusprach, gesichert. Da die Sowjets während der mehrjährigen Besetzung Aserbeidschans ausserdem alles getan hatten, um die Bevölkerung im kommunistischen Sinne zu beeinflussen, mochten sie der Überzeugung sein, dass sie ihre Interessen in diesem Gebiet auch ohne Truppen wahren können, als sie vor drei Jahren das Land räumten. - 7 -

Wenn sie in ihren Erwartungen bisher wenig Erfolg hatten, so liegt das an den USA, die den festen Entschluss gefasst haben, die Sowjets hier aufzuhalten. Ihrer finanziellen Unterstützung und den alten erprobten Verbindungen der Engländer gelang es, sich die politische Unterstützung der im Iran allmächtigen Gruppe der Feudalherren zu sichern, für die ohnehin der Bolschewismus eine tödliche Gefahr ist. So kam es, dass das iranische Parlament den sowjetisch-iranischen Vertrag nicht ratifizierte. Und auch die Rechnung der Sowjets auf die Kommunisten des Iran, die sich unter dem Namen Tudeh-Partei besonders im Norden mit sowjetischer Unterstützung hatten entwickeln können, ging nicht auf, denn die Autonomiebewegung konnte von der Regierung unterdrückt werden. Die Tudeh-Partei wurde verboten. Die Sowjets glauben aber, dass auch im Iran die Zeit für sie arbeitet.

Diese Hoffnung stützt sich vor allem auf die soziale Struktur des Landes. Es wird von einer geringen Anzahl von Feudalherren beherrscht. Die sehr gering bezahlten, vielleicht 60.000 Arbeiter, verteilen sich auf die drei grösseren Städte des Landes. Bleiben also als grosse Masse des Volkes die etwa 15 Millionen Bauern. Mit ihnen erhoffen sich die Bolschewisten, einmal den Sieg im Iran von innen heraus zu erringen. Die Bauern haben aber noch Hemmungen gegenüber dem Kommunismus. Das liegt an ihrer wenig revolutionären Gesinnung und vor allem am mohammedanischen Glauben. Aber die Aussicht auf persönlichen Landbesitz und ein besseres Leben kann solche Vorbehalte leicht beseitigen.

Die Sowjets sind unablässig bemüht, auf allen verfügbaren Kanälen die kommunistische Idee ins Volk gelangen zu lassen. Und die offiziellen Beziehungen der Sowjetunion zum Iran sind gekennzeichnet durch einen ständigen sowjetischen Druck. Häufige Grenzverletzungen führten zu regelrechten Feuergefechten. Der sowjetische Rundfunk mischt sich ständig in die innerpolitischen Verhältnisse ein. Als letzte Massnahme hat die Sowjetunion ihre Konsulate im Iran geschlossen. Ihre schärfste Drohung aber wendet sie an, wenn sie den Iranern Verstösse gegen den Freundschaftsvertrag von 1921 nachzuweisen sucht. Nach diesem Vertrag dürfen nämlich sowjetische Truppen unter bestimmten Umständen in den Iran einrücken. Die Sowjets wiesen in letzter Zeit unter Anspielung auf die amerikanische Militärmission im Lande mehrfach darauf hin, dass diese Umstände durch die Anwesenheit deutscher Agenten im Jahre 1941 bereits einmal modifiziert worden seien.

A.W.

BESUCH AUS ENGLAND (ap) Zum kommenden Wochenende wird eine Abordnung der britischen Labour Party und der britischen Gewerkschaften, bestehend aus Sam Watson, stellvertr. Vorsitzender der Labour Party und 2. Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, Mark Howitson, Gewerkschaftssekretär der Gemeinde- und Staatsarbeiter, und Dennis Healy, Internationaler Sekretär der Labour Party, nach Hannover kommen, wo sie am Sonnabendvormittag politische Unterhaltungen mit Dr. Schumacher und im Büro des geschäftsführenden Vorstandes in der Odeonstrasse haben wird. Vermutlich werden vor allem auch Probleme, die mit dem Gesetz 75 (Internation. Ruhrbehörde) zusammenhängen, besprochen werden. Desgleichen ist eine Erörterung des Problem-Komplexes Salzgitter vorgesehen. Die englischen Gäste, die von Düsseldorf kommen, werden sich in Hannover anderthalb Tage aufhalten und dann nach Hamburg und Kiel weiterreisen, von wo aus später auch ein Besuch in Berlin in Aussicht genommen ist.